Beschluss des Landrats vom 12.02.2026

Nr. 1577

22. Effizienzoffensive in der BUD – Verwaltungsprozesse endlich leistungsfähiger machen
2025/157; Protokoll: pw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) sagt einleitend, nachfolgend würden vier Vorstösse von ihr zur Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) behandelt. Sie möchte zuerst darlegen, wie es zu diesen Vorstössen gekommen ist, und würde sich freuen, wenn die Vorstösse mit offenem Visier diskutiert werden könnten. Weder eine einzelne Panne, noch ein konkretes Projekt hat den Ausschlag gegeben, sondern das Gesamtbild. Die Landratsmitglieder sehen nur Ausschnitte, einzelne Vorgänge, einzelne Antworten oder einzelne Schlagzeilen, aber je länger man hinschaut, desto mehr fügt sich ein Puzzle zusammen. Dieses zeigt, dass sich die BUD in einem Geflecht aus hoher Komplexität und dem Drang, mit immer mehr Regeln alles kontrollieren zu wollen, selber blockiert. Das Resultat ist, dass die Prozesse langsamer werden, die Projekte immer länger dauern und immer öfters erklärt wird, warum etwas nicht geht. Die Verantwortung wird verteilt oder abgeschoben, es passiert letztlich schlicht zu wenig und draussen merken die Leute, dass es nicht mehr vorwärtsgeht. Aber es sind nicht nur Abläufe und Strukturen, die zum Stillstand führen. Es ist auch die Art, wie in dieser Direktion Politik gemacht wird: Man igelt sich ein, man reagiert defensiv und nimmt Kritik kaum auf. Symptomatisch dafür ist ein geflügeltes Wort, das man im politischen Baselbiet mittlerweile oft hört: Die BUD passe ihre Vorlagen nach den Vernehmlassungen kaum an, die Teilnahme daran sei so fast wie Schattenboxen. Dies zeigt ein grundsätzliches Problem im politischen Stil. Statt den Austausch zu suchen, zieht man sich zurück, statt zuzuhören, verteidigt man sich. Und so verliert man Schritt für Schritt das Vertrauen der Politik, der Bevölkerung und der Wirtschaft. Christine Frey betont, ihre Vorstösse seien keine Abrechnungen. Sie sind auch nicht aus Ärger entstanden, sondern aus Beobachtungen und aus unzähligen Rückmeldungen. Als Unternehmerin in der Bauwirtschaft ist die Rednerin eng mit den Themen der BUD verbunden und dadurch auch täglich nah an den Abläufen und an der Realität draussen. Sie hört in unzähligen Gesprächen, dass die Frustration wächst – dies deckt sich wohl damit, was auch viele andere Landratsmitglieder von ihren Kontakten hören. Die Verfahren dauern immer länger, niemand weiss genau, woran es liegt, und das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Systems sinkt. Es gibt keine Anzeichen, dass sich daran etwas ändert. Christine Frey sieht keine strategischen Ansagen oder sonstige Signale, dass sich die Direktion ernsthaft überlegt, wie es besser gehen könnte, wie die Prozesse beschleunigt, Zuständigkeiten geklärt oder Hürden abgebaut werden könnten. Vielmehr versteckt man sich hinter den Abläufen, Zuständigkeiten und Formvorschriften. Es scheint manchmal so, als würde man von lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Eigentlich müsste dieser politische Auftrag von innen, vom Direktionsvorsteher selber kommen, aber er kommt nicht. Deshalb ist Christine Frey überzeugt, dass es den Landrat braucht. Der Landrat ist das Aufsichtsorgan, er hat die gleiche Rolle wie ein Verwaltungsrat in einem Unternehmen. Mit der nötigen Distanz zum operativen Tagesgeschäft soll er beurteilen, ob die Richtung noch stimmt, und dort korrigieren, wo sich Strukturen festgefahren haben. Der Landrat hat diese Aufsichtsrolle, damit sie greift, wenn sich eine Organisation im Kreis dreht – dies ist aus Sicht der Rednerin bei der BUD der Fall. Was heisst dies konkret? Am deutlichsten zeigt sich der Stillstand wohl dort, wo die Menschen ihn jeden Tag erleben: auf den Strassen. Der Stau auf der A2 zieht sich Tag für Tag kilometerweit, manchmal bis tief in die Nacht. Birsfelden muss sich sogar mit einem Bussenregime schützen, weil der Umfah-

rungsverkehr nicht mehr tragbar ist. Und während die Bevölkerung unter dieser Dauerbelastung leidet, fehlt es an einem klaren Plan. Man verlässt sich hier ganz auf den Bund, auf das futuristische ÖV-Projekt Herzstück, das in der ursprünglichen Version fallen gelassen wurde – ein Desaster, auch finanziell –, und auf den Rheintunnel, der noch viele Jahre auf sich warten lässt, wenn er denn überhaupt kommt. Wie allseits bekannt ist, lehnt Basel-Stadt das Projekt ab, die Umsetzung ist ungewiss und einen Plan B gibt es nicht. Die Verantwortung für das bestehende Problem wird nicht übernommen, sondern weitergereicht. Die Zeit vergeht, aber es bewegt sich nichts. Das gleiche Muster besteht beim ZUBA. Es wurde jahrelang auf eine Lösung gesetzt, die über den Schweizer Boden führen soll, obwohl auch hier jeder wusste, dass Basel-Stadt nicht mitzieht. Dazu kommt, dass die Projekte in den Agglomerationsprogrammen des Bundes zurückgestuft wurden, weil die Planungsstände ungenügend seien und die Kriterien nicht erfüllt würden. Bei diesen Projekten ist einzig sicher, dass Zeit und Vertrauen verloren gegangen sind und die Firmen frustriert sind, weil nichts vorwärtsgeht. Auch kleine Strassenprojekte kommen kaum vom Fleck – ob beim Umbau der Rheinstrasse zwischen Liestal und Pratteln oder bei der Talstrasse in Arlesheim. Übergeordnete Ideen, wie die Gesamtsituation in den Griff bekommen werden könnte, fehlen. Und mit Verlaub, wenn der einzige sichtbare Schwerpunkt darin besteht, Veloschnellrouten zu forcieren, dann ist dies keine Verkehrspolitik mit Gesamtblick, der das Problem löst. Die Baselbieterinnen und Baselbieter wissen dies. Sie stehen jeden Tag im Stau und erleben, dass es an Prioritäten fehlt. Der Offenbarungseid kam an einer Landratssitzung im vergangenen Jahr, an welcher der Baudirektor auf die Frage, was beim Ausbau der Hochleistungsstrassen geplant sei, offen gesagt hatte, er wisse gar nicht, was er dort weiterentwickeln solle. Dies ist für Christine Frey derjenige Punkt, an dem aus Unsicherheit Stillstand wird. Genau jetzt braucht es politische Impulse vom Landrat. Das gleiche Muster zeigt sich auch im Bereich Energie. Dort sind Ideologien aufeinandergeprallt und auch dort ist das Ergebnis leider Stillstand. Statt Kompromisse zu suchen, werden Verbote erlassen, und statt Vertrauen zu schaffen, wird verunsichert. Christine Frey kann sich gut an frühere energiepolitische Diskussionen in diesem Saal erinnern, damals suchte man den Dialog und konnte Lösungen mit breiter Abstützung finden. Heute wirkt es so, als sei der Konflikt und nicht die Lösung das Ziel. Dabei läge die Lösung aber eigentlich auf der Hand: Es sollte dort vorwärtsgemacht werden, wo Konsens möglich ist – zum Beispiel bei der Gebäudesanierung, bei der Energieeffizienz, bei der Förderung von Bestehendem. Es braucht eine Energiepolitik, die Menschen mitnimmt. Denn eines ist klar, die Baselbieterinnen und Baselbieter wollen Klimaschutz. Aber sie wollen diesen mit Augenmass, mit Verlässlichkeit und nicht mit den übertriebenen Vorschriften. Noch ein letzter Themenbereich: Auch beim Bau stockt vieles, das eigentlich laufen sollte. Die Zahlen sprechen für sich. Im Kanton Basel-Landschaft dauert ein Baugesuch bei vergleichbarer Komplexität und bei gleichen gesetzlichen Vorgaben doppelt so lange wie im Kanton Solothurn. Im neusten Bericht von Avenir Suisse zum Freiheitsindex hat sich der Kanton Basel-Landschaft sogar noch verschlechtert und landet bezüglich Dauer bis zur Baubewilligung auf dem fünftletzten Platz. Dabei handelt es sich um kein Naturgesetz, sondern um ein Organisationsproblem. Heute bestehen Mitwirkungsverfahren, bei denen bis zu 70 Fachstellen iterativ Stellung nehmen dürfen. Dies mag formal korrekt sein, aber es ist aus der Zeit gefallen. Es lähmt, es kostet Geld und schreckt Investoren ab. Viele Bauherren, Architekturbüros und Gemeinden berichten das Gleiche: Die Verfahren werden immer aufwendiger, immer teurer und am Schluss weiss niemand mehr, wer eigentlich entscheidet. Christine Frey erlebt dies als Unternehmerin, als Planerin und auch als Bürgerin selber. Wie soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, wenn schon der Weg zur Bewilligung ein Hindernislauf ist? Verzögerungen verteuern das Bauen massiv. Jedes Jahr, das ein Projekt länger liegt, kostet zigtausende Franken. Für günstiges Wohnen muss das Bauen beschleunigt und nicht weiter verkompliziert werden. Auch bei den grossen Arealen ist das gleiche Muster ersichtlich: Campus Dreispitz wurde abgebrochen, Salina Raurica ist seit 25 Jahren in der Planung ohne sichtbaren Fortschritt, die Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln ist ein

jahrelanges Provisorium. Überall fehlen die verbindliche Steuerung, das klare Verantwortungsbewusstsein und der Wille, die Sache zu Ende zu bringen. Es braucht eine BUD, die wieder gestaltet, statt zu verwalten. Eine Direktion, die koordiniert, statt zu blockieren, und eine Politik, die Bauen wieder ermöglicht statt eine, die es schwierig macht. Christine Frey ist sich der Länge ihres Votums bewusst, das Gesagte ist aber wichtig für die Einordnung. Denn heute wird über die Grundfunktionen des Kantons gesprochen: Mobilität, Energie, Bauen. Dies sind keine Randthemen, sondern die Voraussetzungen dafür, dass der Kanton Basel-Landschaft funktioniert, dass die Menschen hier leben und investieren möchten und dass die Wirtschaft sich entwickelt. Im Moment funktioniert zu viel nicht so, wie es sollte – nicht aus bösem Willen, sondern weil sich Abläufe, Strukturen und Verantwortlichkeiten verselbständigt haben, weil man sich zu fest mit Prozessen und zu wenig mit Ergebnissen beschäftigt. Es geht heute nicht darum, jemanden blosszustellen oder anzuklagen. Es geht darum, dass der Landrat seine Aufgabe wahrnimmt. Wenn die Korrektur nicht von innen kommt, dann muss sie von aussen angestossen werden: vom Landrat. Dafür sind die Landratsmitglieder gewählt und dafür gibt es die Gewaltenteilung. Die vorliegenden vier Vorstösse sind ein Impuls, ein Anstoss, dass die Direktion wieder zu dem wird, was sie sein soll: eine Kraft, die Projekte ermöglicht, statt sie aufzuhalten. Christine Frey wünscht sich, dass der Landrat heute den Mut hat, diesen Impuls zu geben und zwar nicht aus Parteitaktik, sondern aus der Verantwortung für den Kanton. Wer das Baselbiet kennt, weiss, dass nicht mehr Papier, sondern Ergebnisse gewünscht sind. Die Rednerin bittet, die Vorstösse zu unterstützen, damit der Kanton Basel-Landschaft wieder vorwärtskommt.
Nun zum ersten Vorstoss «Effizienzoffensive in der BUD – Verwaltungsprozesse endlich leistungsfähiger machen»: Die Motion verlangt eine strukturelle Reform der BUD mit vier klar messbaren Zielen. Erstens soll die Bearbeitungsdauer von Baugesuchen bis 2027 auf unter 90 Tage gesenkt werden. Zweitens sollen die Baurekurskommission gesetzeskonform organisiert und Rückstände abgebaut werden, drittes soll ein interkantonales Benchmarking zur Übernahme von effizienten Modellen erstellt werden und viertens soll ein jährlicher Fortschrittsbericht mit Kennzahlen zuhanden des Parlaments erstellt werden. Der Regierungsrat lehnt die Motion mit dem Hinweis ab, die 90-Tage-Frist sei bereits im Gesetz verankert. Dies stimmt formell, aber in der Praxis funktioniert es überhaupt nicht. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit ist gemäss dem genannten Freiheitsindex der Avenir Suisse noch schlechter als bei der letzten Erhebung und liegt mit 172 Tagen doppelt so hoch wie im Kanton Solothurn. Basel-Landschaft liegt schweizweit auf dem fünftletzten Platz. Wenn Fristen nicht eingehalten werden, liegt dies nicht am Gesetz, sondern an der mangelnden Steuerung. Die BUD braucht klare Zielvorgaben, Kennzahlen und eine laufende Überprüfung der Resultate. Nur wer misst, kann verbessern. Ein jährlicher Bericht ist dabei kein Misstrauensvotum, sondern Ausdruck moderner Verwaltungskultur. Transparenz schafft Vertrauen durch Nachvollziehbarkeit und Verlässlichkeit. Effizienz ist keine Frage von Paragraphen, sondern von Führung und Verantwortung. Die BUD verfügt über hervorragende Fachleute, doch die Verfahren sind zu schwerfällig. Es gibt zu lange Abläufe beim Bauinspektorat und bei der Baurekurskommission und Schnittstellen zwischen den Ämtern bremsen Gemeinden, Investoren, Wohnbau und Wirtschaft aus. Die Motion will keine Schnellschüsse, sondern steuerbare Verfahren, klare Zuständigkeiten, verbindliche Fristen, messbare Leistungen, weniger Leerlauf, mehr Tempo, ohne die Qualität oder den Rechtsstaat zu gefährden. Der Regierungsrat sagt, dies sei nicht umsetzbar. Christine Frey sagt hingegen, es ist umsetzbar – sofern man denn will. Andere Kantone zeigen, wie es geht: mit klarer Führung und laufender Überprüfung. Der Landrat sollte sich nicht länger mit Erklärungen begnügen, warum etwas nicht funktioniert. Es braucht den politischen Willen, die Handhabung der Verfahren zu verbessern. Die Motion ist ein Signal an die Verwaltung und die Wirtschaft, dass der Kanton Basel-Landschaft wieder vorwärtskommen möchte. Christine Frey bittet, die Motion zu unterstützen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) bittet darum, in den folgenden Voten nur aufs Traktandum 22 Bezug zu nehmen. Mit Blick auf die Uhr und die noch anstehenden Verabschiedungen werden wohl nicht alle vier Vorstösse von Christine Frey an der heutigen Sitzung behandelt werden können.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) beurteilt das von Christine Frey Vorgestellte als starken Tobak. Der Aufhänger, den Christine Frey für die Vorstösse ins Feld führt, ist das Universitätsprojekt Campus Dreispitz. Der Grund, weshalb der Regierungsrat das Projekt sistiert hat, hat überhaupt nichts mit der BUD zu tun. Vielmehr hatte der Regierungsrat festgestellt, dass die Universität sehr viele Investitionsvorhaben hat, wobei das Dreispitz-Projekt bei den Prioritäten seitens Universität auf den hintersten Rängen angesiedelt ist. Zudem wurde dem Regierungsrat offengelegt, dass die Investitionskosten für die Universität ab 2030 massiv steigen werden. Die Finanzierung dieses Anstiegs ist bis heute nicht geklärt, weshalb der Regierungsrat aus seiner finanzpolitischen Verantwortung entschieden hatte, das Projekt Campus Dreispitz zu sistieren. Der Regierungsrat wollte nicht einfach ein Projekt weiter forcieren, das in der Priorisierung der Universität weit hinten steht, ohne zu wissen, wie die Finanzierung aussieht und wie viel Geld die Trägerkantone der Universität für die Investitionen zur Verfügung stellen werden. Dies soll nun zuerst geklärt werden. Die Sistierung hat nichts mit der Arbeit der BUD zu tun.
Christine Frey wünscht sich, dass es vorwärts geht. Die vier eingereichten Vorstösse produzieren mit ihren Forderungen jedoch immer mehr Papier; dies ist das Gegenteil von vorwärts. Verlangt wird Effizienz, Transparenz, Verlässlichkeit, Strategie. Eine Überweisung und Umsetzung der vier Motionen würde zu mehr Bürokratie führen, zu mehr Berichterstattungswesen, zu mehr Kontrollen von Kontrollen und zu Kompetenzvermischungen zwischen Regierungsrat und Parlament – also auch zum Gegenteil davon, was Christine Frey eigentlich anstrebt.
Regierungsrat Isaac Reber erachtet den Inhalt teilweise als grenzwertig. Christine Frey sagte, die BUD würde bei der Talstrasse oder bei Salina Raurica nicht vorwärtsmachen. Bei Salina Raurica wurde genau dasjenige umgesetzt, was der Landrat beschlossen hatte. Dies gegen enormen Widerstand – Christine Frey dürfte bekannt sein, wo dieser herkam. Die BUD hat ihren Job gemacht. Bei anderen ist sich Regierungsrat Isaac Reber nicht ganz sicher, ob sie tatsächlich im Interesse der Wirtschaft handeln. Das Gleiche gilt für die Talstrasse. Im Standpunkt der Wirtschaft kann nachgelesen werden, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts Talstrasse ungenügend sei. Dem ist zu entgegnen, dass dort uptownBasel ist, worin die Familie Staehelin CHF 500 Mio. investiert hat und wo schon bald die Firma Straumann hinzieht. Wer in seiner Zeitung behauptet, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend ist, ist wahrscheinlich schlecht beraten. Es handelt sich um eines der beiden grossen Entwicklungsgebiete im Kanton, das eine gute Erschliessung verdient. Es erscheint schwierig und unlauter, wenn nun von derjenigen Seite, von der die Opposition kommt, ein Vorwurf gemacht wird.
Zum Zubringer Bachgraben: Der Bundesrat hatte am 28. Januar 2026 kommuniziert, dass der ZUBA in der Priorität 1 ist und mit dem Agglomerationsprogramm 6 finanziert wird. Dies entspricht exakt der Planung. Wenn jemand die Forderung «ZUBA sofort» stellt, dann hat er wohl keine Ahnung. Das Projekt gibt es seit 1970, damals hiess es noch Zubringer Allschwil. Man hätte es schon damals umsetzen können, wenn man denn gewollt hätte. Es war schon damals bekannt, dass es sich um ein Entwicklungsgebiet handelt. Regierungsrat Isaac Reber hat das Projekt inklusive Linienführung so übernommen, wie es seine Vorgängerin aufgegleist hatte. Das Ganze nun abzubrechen und komplett neu aufzugleisen würde sehr viel Zeit, Ressourcen und Geld kosten. Das nun vorliegende Projekt, das der Bund ab 2030 mitfinanzieren möchte, liegt jedoch auf baselstädtischem und französischem Boden. Damit mit dem Bau begonnen werden kann, braucht es entsprechende Vereinbarungen. Es ist unverständlich, weshalb von gewisser Seite immer wieder Knüppel hineingeworfen werden, obwohl eigentlich gewünscht wird, dass es vorwärtsgeht. Letzt-

lich ist dieses Handeln auch nicht im Interesse der Wirtschaft. So gab es beispielsweise einen Vorstoss, der forderte, zwei Röhren zu bauen – dies wäre mit Blick auf Basel-Stadt absolut kontraproduktiv für das Projekt gewesen. Die BUD macht im Rahmen des Möglichen vorwärts. Der Fahrplan wurde letzthin der Bau- und Planungskommission präsentiert. Anfangs der 30er-Jahre soll mit dem Bau begonnen werden; für diesen Zeitpunkt besteht auch die Finanzierungszusage des Bundes. Regierungsrat Isaac Reber ist sich nicht sicher, ob die Kritik am richtigen Ort angebracht wird. Zu den Baugesuchen: Vielleicht müsste überlegt werden, was die eigene Position ist – beispielsweise im Zusammenhang mit Mobilfunkantennen. Das Bewilligungswesen wird mit diesem Thema extensiv belastet. Es möchten zwar alle perfekten Handyempfang, aber keine Antenne in der Nähe haben. Diese Haltung geht nicht auf. Auch die Forderung erscheint schwierig, dass sogar für Bagatellverfahren ein Mitwirkungsverfahren installiert werden soll. Regierungsrat Isaac Reber bringt dies nicht mit der Forderung nach einer Verschlankung der Bewilligungsverfahren in Übereinstimmung.
Der Grund für die lange Dauer der Bewilligungsverfahren sind Einsprachen. Die Einsprachen kommen von aussen und zwar von verschiedener Seite. Der erwähnte Freiheitsindex von Avenir Suisse wurde bereits im Vorjahr veröffentlicht. Die BUD interessierte, wie die Zahlen ermittelt wurden. Avenir Suisse hatte darauf hin die BUD an Wüest Partner verwiesen. Bis heute hat die BUD keine Antwort erhalten – weder vom Verfasser des Index noch von denjenigen, welche die Zahlen geliefert haben. Die Zahlen sind aus Sicht von Regierungsrat Isaac Reber nicht erhärtet und somit fragwürdig. Im Vergleich zu anderen Kantonen ist Basel-Landschaft mit dem E-Baugesuch schon weit. Mittlerweile ist fast alles digital, weshalb auch parallel an einem Gesuch gearbeitet werden kann. So wird versucht, das Verfahren zu beschleunigen. Zudem wurde per 1. Januar 2025 das Verfahren komplett umgestellt. Dies zeigt den Willen der BUD, das Verfahren effizienter, schlanker und schneller zu machen. Vor der Umstellung wurde ein Baugesuch jeweils zuerst publiziert und dann geprüft. Dies hatte häufig zur Folge, dass vorsorglich Einsprachen gemacht wurden, damit ihre Anliegen sicher nicht vergessen gehen oder weil etwas nicht richtig in den Plänen enthalten war. Nun erfolgt die Prüfung zuerst und erst, wenn ein Gesuch aus Sicht der BUD stimmig und gesetzeskonform ist, wird es publiziert. Seither sind die Einsprachen um 30 % zurückgegangen. Werden die Gesuche mit allen nötigen Unterlagen eingereicht, werden sie zügig bewilligt – sofern es keine Eisprachen gibt. Insbesondere Beschwerden ans Kantonsgericht oder gar ans Bundesgericht führen zu langen Verfahren.
Nochmals: Die vier Motionen führen nicht dazu, dass es vorwärtsgeht, sondern retour. Sie führen zu mehr Bürokratie, zu mehr Berichterstattungswesen und zu mehr Kontrollen von Kontrollen. Regierungsrat Isaac Reber bittet, die Vorstösse abzulehnen oder zumindest nicht als Motionen zu überweisen. Er ist nicht per se dagegen, die Dinge genauer anzuschauen.

Pascal Ryf (Die Mitte) hat einen etwas wirren Kopf nach diesen langen Voten – vielleicht braucht es nicht nur eine Effizienzoffensive in der BUD, sondern auch im Landrat. Der Redner dankt Christine Frey für die Vorstösse, auch wenn die Mitte-Fraktion nicht alle unterstützen wird oder teilweise die Umwandlung in ein Postulat begrüssen würde. Die Mitte-Fraktion möchte auch nicht in ein Bashing der BUD einsteigen, aber es besteht Handlungsbedarf.
Pascal Ryf war letzthin wegen eines Baugesuchs beim Staatsarchiv, um alte Pläne herauszusuchen. Es ging um den Bau einer Autogarage im Jahr 1951. Die BUD hatte damals den Eingang des Baugesuchs noch am gleichen Tag bestätigt und eine Planauflage von zwölf Tagen gemacht, innerhalb derer bis 18 Uhr eine Einsprache bei der Baudirektion gemacht werden konnte. Drei Tage nach dieser Planauflage war das Baugesuch bereits mit einigen Auflagen bewilligt. Die Baudirektion benötigte also 16 Tage vom Eingang bis zur Baubewilligung – damals erfolgte dies per Briefpost – und die Kosten lagen bei CHF 17.–. Damals kostete jedoch auch der Quadratmeter nur CHF 17.–, heute sind es in Oberwil über CHF 3'000.–, wobei ein Baugesuch für eine Garage nicht

CHF 3'000.– kostet. Das Beispiel soll aber aufzeigen, dass es wohl auch heute bei den Baugesuchen Effizienzpotenzial gibt. Die lange Bewilligungsdauer ist für die Bauherren sehr mühsam und kann mit hohen Kosten verbunden sein. Hinzu kommt noch die fünfte Landessprache: die Einsprache. Die vielen Einsprachen sind natürlich ein Problem und führen vielfach zu Verzögerungen.
Die Mitte-Fraktion würde den Vorstoss als Postulat, aber nicht als Motion unterstützen. Der Auftrag ist gerechtfertigt. Mit einem Postulat könnte geprüft werden, inwiefern Baugesuche schneller abgehandelt und wo Kosten gespart werden könnten. Auch ein Benchmark mit anderen Kantonen wird begrüsst.

Markus Meier (SVP) stellt fest, es gebe verschiedene Blickwinkel auf die Vorstösse von Christine Frey. Sie legt berechtigterweise an verschiedenen Orten den Finger auf wunde Punkte. Es geht darum, die Möglichkeiten besser auszuschöpfen, Chancen zu ergreifen und vielleicht auch alte, ehemalige Stärken des Kantons Basel-Landschaft wieder zu erlangen. Es geht weiter darum, einen Wandel herbeizuführen, einen Wechsel im Spiel – einen sogenannten Game-Changer. In diesem Sinne sind die Vorstösse von Christine Frey für Markus Meier Freistösse. Im Fussball führt ein Freistoss nicht selten zu einem Goal und ein Goal kann eine neue Sichtweise in einen Match bringen. Nachdem Regierungsrat Isaac Reber seine Spielzeit auf dem Feld auf sieben Monate verkürzt hat, stellt sich die Frage, für wie viele Goals es in diesen sieben Monaten noch reicht.
Zum ersten Vorstoss: Wer baut, wer investiert, wer Arbeitsplätze schafft, der braucht Planungssicherheit. Genau diese fehlt heute. Die Verfahren ziehen sich über Monate hin, niemand weiss, wann eine Entscheidung fällt und dies sorgt für Frust bei Gemeinden sowie Behörden und vor allem beim Gesuchsteller selber. Die geforderte Effizienz ist kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für das Vertrauen und die Standortqualität. Wenn die Verfahren schneller ablaufen, dann können alle nur profitieren. Die Motion verlangt keine Überforderung, sondern gesunden Menschenverstand, klare Abläufe, verbindliche Fristen und nachvollziehbare Entscheidungen. Die Verwaltung soll funktionieren und liefern können, anstatt nur zu vertrösten. Deshalb wird die SVP-Fraktion den Vorstoss grossmehrheitlich sowohl als Motion als auch als Postulat unterstützen – dies gilt auch die für die anderen Vorstösse.

Der Landratspräsident schaue auf die Uhr und wäre wohl froh, man würde zum Schluss kommen; wer **Stephan Ackermann** (Grüne) aber kennt, weiss, dass er lange und ausführlich spricht – durchschnittlich so lange wie die ersten beiden Rednerinnen und Redner. Somit dürfen sich nun alle gemütlich zurücklehnen. Pascal Ryf hat es schon vorweggenommen: Vielleicht bräuchte es auch im Landrat eine Effizienzoffensive. Das vorliegende Geschäft ist schon seit längerem traktandiert und wurde je nach Anwesenheiten auch schon mehrmals abgesetzt. Spannend ist in diesem Zusammenhang die Landratssitzung vom 16. Oktober 2025. Der Landrat war an dieser Sitzung hocheffizient und ist bis zu Traktandum 62 gekommen. Weshalb war dies so? Eine mögliche Erklärung ist, dass es an dieser Landratssitzung sehr gewichtige Abwesenheiten gab, die dazu geführt hatten, dass 17 Traktanden abgesetzt wurden. Auffällig war damals, dass die abwesenden Landratsmitglieder alle aus dem näheren oder ferneren Kreis der Wirtschaftskammer waren. Diesem Kreis waren 15 Traktanden der damaligen Traktandenliste zuzuordnen. Die entspricht knapp 20 % der damals traktandierten Geschäfte. Die Wirtschaftskammer predigt Effizienz und einen schlanken Staat, bindet aber den Landrat und die Verwaltung mit Vorstössen und Volksinitiativen. Wasser predigen – Wein trinken.
Stephan Ackermann denkt, dass es heute nicht für die Beratung aller vier Vorstösse reichen wird, und ist gespannt, wie die Diskussionen in der nächsten Sitzung verlaufen werden. Der vorliegende Vorstoss ist nicht effizienzsteigernd. Es sollen Berichte verfasst und es soll jährlich dargelegt werden, was alles läuft. Damit werden die Verfahren überhaupt nicht beschleunigt. Das Garagen-Beispiel von Pascal Ryf ist eine schöne Geschichte. Man könnte auch überlegen, wie lange die erste Formulierung der Bundesverfassung dauerte – damals war man auch effizient. Diese Effizi-

enz ist vielleicht irgendwo verloren gegangen. Dies nun aber alles auf den Regierungsrat und die BUD abzuwälzen, erscheint etwas gar einfach. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt den Vorstoss weder als Motion noch als Postulat.

Sandra Strüby-Schaub (SP) verweist auf die Stellungnahme des Regierungsrats, wonach die Geschwindigkeit der Baugesuche nicht alleine von der BUD abhängig sei. Als Mitarbeiterin einer Gemeindeverwaltung kann die Rednerin bestätigen, dass sich die Einsprachen häufen und die Unterlagen oft nicht komplett sind. Dies verlangsamt die Abläufe enorm und wird in der Stellungnahme mit der höheren Arbeitslast der Baurekurskommission ausgeführt. Der geforderte Vergleich mit anderen Kantonen erscheint auch eher schwierig und bedeutet einen höheren Bürokratieaufwand für die Verwaltung, wofür die Kapazität wohl nicht vorhanden ist. Die SP-Fraktion kann die Argumente des Regierungsrats nachvollziehen und wird den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat grossmehrheitlich ablehnen.

Urs Kaufmann (SP) war eigentlich vorbereitet auf einen Rundum-Gegenschlag auf den Rundum-Schlag von Christine Frey gegen die BUD und Regierungsrat Isaac Reber, wird sich nun aber nur zur vorliegenden Motion äussern. Das Baubewilligungsverfahren war schon mehrfach ein Thema und wie vom Regierungsrat dargelegt, wird laufend geprüft, wie Verbesserungen erreicht und Fristen verkürzt werden könnten. Es wurden auch schon Änderungen vorgenommen. Die Quelle allen Übels sind jedoch die Einsprachen und die BUD kann die Anzahl Einsprachen nicht direkt beeinflussen. Hinzu kommt die Gewaltenteilung, weshalb die BUD keinen Druck machen kann, dass alles innerhalb von 90 Tagen erledigt sein muss. Der Wille alleine, die Verfahren zu verkürzen und die Baubewilligungen schneller erteilen zu können, ist noch lange kein funktionierendes Rezept. Würde die BUD vorschlagen, die Möglichkeiten zur Einsprache und die Rechte der Eigentümer sowie Nachbarn zu reduzieren, würde wohl sogleich die nächste Initiative des Hauseigentümerverbands im Raum stehen. Es gibt viele Wünsche, aber konkrete Vorschläge sind keine zu hören. Im Gegensatz dazu hat die BUD mit dem digitalen Bauchgesuch und den Verfahrensanpassungen die Initiative bereits ergriffen. Urs Kaufmann war als Gemeinderat anfänglich gegenüber der Verfahrensumstellung etwas skeptisch, ist nun aber gespannt auf die Auswertung.
Die Motion bringt nichts, ausser zusätzliche Berichterstattungen und Bürokratie.

Rolf Blatter (FDP) möchte trotz Blick auf die Sitzungszeit und die noch anstehenden Verabschiedungen einige Punkte betonen. Über Salina Raurica wird seit 25 Jahren gesprochen. Damals wurde es als Filetstück der kantonalen Arealentwicklung benannt. Passiert ist seither nicht wirklich viel, ausser der Schokoladenfabrik von Coop. Der Kanton Solothurn hat es anders gemacht. Vor vielen Jahren gab es in Basel-Landschaft mal eine Anfrage der Firma Biogen, die bauen wollte. Letztlich investierte diese CHF 1 Mrd. in Luterbach und schuf dort 600 Arbeitsplätze, die hohe Wertschöpfung mit sich gebracht hat – und Baselland hat eine Schokoladenfabrik von Coop. Das ZUBA-Projekt plätschert ebenfalls seit vielen Jahren dahin. Dies wird nicht besser, wenn ständig die Schuld auf jemand anderes geschoben wird. Erwähnt wurde auch uptownBasel, wo Thomas Staehelin viele Millionen investiert. Ebendiesem Thomas Staehelin, dem die Firma Stamm gehört, will man aber alle Parkplätze wegnehmen und die Hälfte des Kopfbaus abschneiden, weil eine Velovorzugsroute gebaut werden soll und ein Strassentrassee projektiert wird. Dies entspricht nicht dem Verständnis eines effizienten Vorgehens.
Rolf Blatter kann sich im Zusammenhang mit dem Vergleich mit anderen Kantonen nicht vorstellen, dass sich die Baselbieter Bevölkerung bezüglich der Neigungen, eine Einsprache zu machen, derart anders verhält als die Bevölkerung anderer Kantone. Der Vergleich zeigt aber, dass die Verfahren im Kanton Basel-Landschaft doppelt so lange dauern als in anderen Kantonen. Ein gewisser externer Einfluss mag zwar gegeben sein, aber nicht nur. Es erscheint falsch, die Schuld nur auf die anderen zu schieben. Die Motion fordert nicht mehr Bürokratie, sondern ein Benchmarking.

Die dafür benötigte Zahl sollte aus der Statistik des Bauinspektorats auf Knopfduck ermittelt werden können. Daraus sollte dann die Einsicht entstehen, dass bei den Verfahren nicht alles rund läuft. Der jährliche Bericht muss auch keine 70 Seiten lang sein, sondern lediglich die wesentlichen Punkte aufzeigen. Dies ist vertretbar mit Blick auf das Anliegen, den Prozess zu verbessern und die Effizienz zu steigern. Rolf Blatter macht beliebt, den Vorstoss idealerweise als Motion, aber mindestens als Postulat zu überweisen.

Silvia Lerch-Schneider (FDP) bedankt sich bei Christine Frey für die Vorstösse und sieht Handlungsbedarf. Die Rednerin wurde auch schon von verschiedenen Seiten auf die Thematik angesprochen. Es geht um Baugesuche sowie Rekurse und um Verlässlichkeit. Wer investiert, wer baut, wer Wohnraum schafft, braucht klare Abläufe und berechenbare Verfahren. Wenn Prozesse lange dauern oder immer wieder verzögert werden, entsteht Verunsicherung. Und Verunsicherung bremst den Standort. Attraktive Firmen gehen an die Nachbarskantone verloren, weil die Projekte dort schneller umsetzbar sind. Der Regierungsrat sagt, viele Faktoren seien extern und nicht steuerbar. Das stimmt teilweise, aber genau deshalb müssen die internen Abläufe umso besser organisiert werden. Alles, was beeinflusst werden kann, sollte auch verbessert werden. Man sollte sich nicht hinter der Komplexität verstecken. Das Argument, das Benchmarking sei wegen unterschiedlicher Prozesse nur begrenzt aussagekräftig, überzeugt nicht ganz. Silvia Lerch weiss von diversen Kunden, dass es in anderen Kantonen speditiver läuft und Bewilligungen schneller erteilt werden. Gerade weil die Abläufe zwischen den Kantonen variieren, lohnt sich dieser Vergleich. Unterschiede zeigen auf, wo es effiziente Lösungen gibt. Wer gut ist, darf dies auch zeigen, und wo Verbesserungen möglich sind, sollte man daraus lernen. Die Motion ist kein Angriff auf die Verwaltung, sie ist ein klarer Leistungsauftrag. Es werden Ziele gesetzt, Transparenz geschaffen und der Wirtschaftsstandort gestärkt. Gemeinsam soll man besser werden. Derzeit dauern die Verfahren aber zu lange und die Prozesse laufen nicht optimal. Deshalb ist es Aufgabe des Landrats, Verbesserungen herbeizuführen. Die Rednerin unterstützt die Motion.

Margareta Bringold (GLP) sagt, wer im Kanton Uri ein Baugesuch einreiche, warte durchschnittlich 77 Tage auf eine Baubewilligung. Schnell geht es auch in den Kantonen Solothurn, Schaffhausen, Graubünden sowie Nidwalden und Obwalden. Am längsten wartet man im Kanton Genf und zwar über ein Jahr. Zu den Schlusslichtern gehören neben Genf die Kantone Freiburg, Basel-Stadt und leider auch Basel-Landschaft. Es ist deshalb sicher keine schlechte Idee, ein interkantonales Benchmarking durchzuführen und anzuschauen, wo man schneller werden kann und welche Hindernisse auf dem Weg beseitigt werden müssen. Wenn ein so kleiner Kanton wie Uri es schafft, ein Baugesuche in 77 Tagen zu behandeln, müsste es doch auch im Baselbiet möglich sein, die Bearbeitungsdauer auf unter 100 Tage zu reduzieren. Es gibt sicher auch im Kanton Uri Einsprachen. Bei der Baurekurskommission sollte das Ziel sein, die Einsprachezeit zu verkürzen. Ob der Landrat wirklich einen jährlichen Fortschrittsbericht braucht, ist allerdings fraglich. Aus Sicht der GLP-Fraktion würde es auch genügen, wenn dies ein Teil des BUD-internen Controllings wäre. Die GLP-Fraktion würde den Vorstoss als Postulat unterstützen.

Fredy Dinkel (Grüne) sagt, als Wirtschaftspartei seien die Grünen natürlich für Effizienz. Fredy Dinkel hat deshalb bei Firmen nachgefragt, wo sie bei der Verwaltung Verbesserungsbedarf sehen. Unter anderem war er bei einem Baugeschäft, wo er gehört hatte, die Verfahren seien in den letzten Jahren viel effizienter geworden. Zudem wird geschätzt, dass die BUD angerufen werden kann und oftmals unkomplizierte Lösungen gefunden werden können. Umgekehrt hätten aber die Einsprachen zugenommen. Fredy Dinkel schliesst aus den Erfahrungen dieses Bauunternehmens, das bereits vier Jahrzehnte tätig ist, dass die BUD auf einem guten Weg ist. Effizienz kann aber immer noch weiter gesteigert werden. Die Motion braucht es in dieser Form nicht.

Christine Frey (FDP) stellt fest, der Graben gehe in etwa so durch den Landrat, wie sie dies erwartet hatte. Von Stephan Ackermann hätte sie eigentlich erwartet, dass er sich mit Verve vor den grünen Regierungsrat stellt und ihn verteidigt. Stattdessen wurde über die Effizienz im Landrat gesprochen und darüber, dass viele Vorstösse eingereicht würden und viel gesprochen würde. Es stimmt, Christine Frey hat heute lange gesprochen, aber es sind wichtige Vorstösse. Die Themen werden verschieden bewertet und haben eine Einordnung verdient. Regierungsrat Isaac Reber ist zu verdanken, dass er sich trotz seiner heutigen Rücktrittsankündigung mit so viel Elan vor die Verwaltung stellt. Er sagte, dass in der BUD alles richtig laufe und die Projekte aufgrund exogener Faktoren nicht vorwärtskommen würden. Regierungsrat Isaac Reber hatte das Thema Mobilfunkantennen und die Einsprachen gegen eine ebensolche Antenne in Münchenstein erwähnt. Dabei hatte er durchblicken lassen, dass die Einsprache von Christine Frey kommt. Ob man hier Verschwiegenheit walten lassen müsste oder nicht, spielt keine Rolle, aber genau dieses Projekt ist exemplarisch. In einem Wohnquartier soll es eine neue Antenne geben. Dies wurde nur mittels Amtsblatt publiziert und es gab Einsprachen. Christine Frey hatte am 1. Juni 2025 eine Einsprache gemacht und hat bis heute keinerlei Rückmeldung erhalten. Zudem musste ein zweites Mal ausgeschrieben werden, weil vergessen ging, zwei direkte Anstösser anzuschreiben. Nun braucht es eine dritte Ausschreibung, weil man nicht profiliert hat. Diese Probleme kommen von innen und nicht von exogenen Faktoren.
Christine Frey wandelt den Vorstoss in ein Postulat um und dankt für die Unterstützung.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) stellt fest, die Motion sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Mit 57:28 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.